

KONFERENZ von CEFS, CIBE und EFFAT

Dienstag, 28. Juni 2005

(ITUH – Bd. du Roi Albert II, 5 – 1210 Brüssel)

Die wichtigsten Schlussfolgerungen

Ziel der Konferenz

(Anlage 1: Tagesordnung)

Hauptziel der Konferenz war es, die Auswirkungen der Reform der Zuckermarktordnung zu analysieren und über die sozialen Begleitmaßnahmen für die Umstrukturierung nachzudenken. Die Konferenz befasste sich mit drei Bereichen: der Landwirtschaft, der Industrie und der Beschäftigung. Den Vorsitz führten der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments Herr Joseph DAUL für die Bereiche Landwirtschaft und Industrie sowie der Generalsekretär der EFFAT Herr Harald Wiedenhofer für den Bereich Beschäftigung.

Teilnehmer

(Anlage 2: Liste der eingeschriebenen Teilnehmer)

Mit der Unterstützung der Europäischen Kommission¹ wurde die Konferenz von CEFS und EFFAT, den Sozialpartnern der Zuckerindustrie in dem von der Europäischen Kommission offiziell anerkannten Ausschuss für den sektoralen sozialen Dialog im Zuckersektor, und der CIBE, die die europäischen Zuckerrübenanbauer vertritt, organisiert. Somit waren sämtliche Beteiligte der Zuckerrüben-Zucker-Erzeugungskette der EU vertreten sowie die AKP-Länder.

An der Konferenz nahmen ebenfalls zahlreiche Vertreter der Europäischen Kommission (Generaldirektionen Beschäftigung, Landwirtschaft, Entwicklung sowie der Europäischen Stiftung in Dublin), des Europäischen Parlaments (Landwirtschaftsausschuss) und Mitglieder von 12 ständigen Vertretungen teil. Außerdem vertreten waren eine Reihe von Berufsverbänden und Nichtregierungsorganisationen. Insgesamt nahmen rund 245 Personen teil.

Über die Veranstaltung wurde von verschiedenen europäischen und berufsspezifischen Medien berichtet.

Bereich Landwirtschaft

Der Bereich Landwirtschaft wurde von der für die Landwirtschaft zuständigen Kommissarin Frau Mariann Fischer Boel eingeleitet. Sie nannte die wichtigsten Ausrichtungen der Reform der Zuckermarktordnung, die sich insbesondere aus den Schlussfolgerungen des WTO-Zuckerpanels ergeben, die im Mai 2005 abgegeben wurden, und aus der Liberalisierung des Marktes, die in der „Alles außer Waffen“-Verordnung vorgesehen ist (siehe Anlage 3). Von den

¹ Haushaltlinie der GD Beschäftigung 04.03.03.01 – Vereinbarung Nr. VS/2005/0166

Anwesenden wurde eine Reihe von Fragen an die Kommissarin gerichtet (siehe Anlage 4). In Bezug auf die Forderung nach einem Verbot von Dreieckshandel (oder SWAP)² verwies die Kommissarin auf die Möglichkeit, auf der Ebene der Ursprungsregeln zu handeln und gegebenenfalls das OLAF einzuschalten.

Herr Otto von Arnold, der Präsident der CIBE, erläuterte den Standpunkt der Confédération Internationale des Planteurs de Betteraves Européens (siehe Anlage 5).

Jean François Sneessens, Professor für Agrarwirtschaft, analysierte die finanziellen Auswirkungen der Reform für die Rübenanbauer (siehe Anlage 6).

Dr. Patrick I. Gomes, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter von Guyana, machte die Bedenken und die Vorschläge der AKP-Länder sowohl hinsichtlich des Reformprojekts wie in Bezug auf den von der Union vorgeschlagenen landwirtschaftlichen und industriellen Aktionsplan deutlich (siehe Anlage 7).

Bereich Industrie

Der Bereich Industrie wurde von Herrn Joseph Daul eingeleitet, der den Ansatz des Europäischen Parlaments erläuterte. Der Berichterstatter, Herr Jean Claude Fruteau, wird nach der für den 13. Juli in Brüssel geplanten öffentlichen Anhörung im Laufe des Sommers mit der Ausarbeitung der Stellungnahme des Parlaments beginnen. Im besten Fall könnte ein erster Berichtsentwurf im September/Oktober vom Landwirtschaftsausschuss geprüft werden und dann Ende November/Anfang Dezember in der Plenarsitzung vorgelegt werden. Es besteht ebenfalls das Problem der Übersetzung in die verschiedenen europäischen Sprachen. Joseph Daul verwies darauf, dass das Parlament nur dann in der Lage sein wird, seine Stellungnahme abzugeben, wenn der Landwirtschaftshaushalt bis 2014 gesichert ist und wenn die SWAP-Frage in angemessener Weise behandelt wird. Diese Stellungnahme hat keinerlei zwingenden Charakter, aber der Rat kann die neue Verordnung erst verabschieden, wenn er die Stellungnahme des Parlaments erhalten hat.

Jean Louis Barjol beschrieb die Funktionsweise des industriellen Umstrukturierungsfonds, der im Entwurf für die Reform der Zuckermarktordnung vorgesehen ist, um es den Unternehmen, die dies wünschen, zu ermöglichen, die Zuckerproduktion einzustellen. Dieser vom Berufsstand finanzierte Fonds sei vorrangig dafür bestimmt, den gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen. Außerdem müsse man vorsehen, in den Verordnungsentwurf des Rates einen Artikel aufzunehmen, der den Zugang zu den Strukturfonds erleichtert, um die Finanzierung von sozialen Begleitmaßnahmen für die Umstrukturierung zu ermöglichen, die über die gesetzlichen Verpflichtungen hinausgehen (siehe Anlage 8).

Im Rahmen der sozialen Verantwortung der Unternehmen und des von den europäischen Sozialpartnern im Februar 2003 unterzeichneten Zucker-Verhaltenskodex stellte Herr Stanislas Wedrychowski, Generalsekretär der Société Vermandoise (Frankreich), ein Beispiel für die Reindustrialisierung eines Industriestandortes nach der Schließung einer Fabrik vor. Hierbei handelte es sich um ein Beispiel für die Verantwortlichkeit, die das Industrieunternehmen unter den zum damaligen Zeitpunkt herrschenden wirtschaftlichen Bedingungen unter Beweis stellte (siehe Anlage 9). Die Maßnahmen der sozialen

² Möglichkeit, Zucker für den Inlandsverbrauch zum Weltmarktpreis einzuführen und die nationale Produktion zum europäischen Marktpreis in die EU auszuführen.

Verantwortung, die im Rahmen der aktuellen Reform zu erwägen seien, hingen natürlich von der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, von ihrer Fähigkeit, Gewinne zu machen, und vom Zeitraum, über den sie verfügen werden, ab.

Olivier Lippens schloss den Bereich Industrie mit dem Hinweis darauf ab, dass der Reformvorschlag für die Zuckermarktordnung in seiner aktuellen Form und bei Fehlen einer mengenmäßigen Verwaltung der präferenziellen Einfuhren nicht in der Lage sei, die Dauerhaftigkeit der europäischen Zuckerindustrie sicherzustellen. Der Swap-Mechanismus stelle ein echtes trojanisches Pferd zugunsten von Brasilien dar, ohne es zu ermöglichen, eine wirkliche Entwicklung in den am wenigsten entwickelten Ländern zu erzielen (siehe Anlage 10).

Bereich Beschäftigung

Herr Fernando Vasquez, Berater von Frau Odile Quintin für die Frage der Umstrukturierungen, beschrieb die wichtigsten Aspekte der Mitteilung der Kommission vom 31. März 2005 über die Umstrukturierungen und die Beschäftigung. Er unterstrich besonders die Tatsache, dass die Veränderungen der Gemeinschaftspolitiken schwere Auswirkungen auf bestimmte Industrien haben können und dass es logisch sei, dass die Europäische Union die Verantwortung für ihre politischen Entscheidungen übernehme. Er erkannte ebenfalls den spezifischen Charakter der durch den Umfang und den geplanten kurzen Umsetzungszeitraum gekennzeichneten Umstrukturierung im Zuckersektor an. Er beschrieb die von der Kommission vorgesehenen Maßnahmen, um eine bessere Koordinierung der verschiedenen mit der Verwaltung der Umstrukturierungen beauftragten Dienststellen sicherzustellen, den Zugang zu den Strukturfonds zu erleichtern und den in einer Krise befindlichen Sektoren zu helfen, die sozialen Begleitmaßnahmen zu verwalten. Er unterstrich die proaktive Haltung der Sozialpartner des Zuckersektors und bestätigte die Absicht der Kommission, die Maßnahmen der Sozialpartner zu unterstützen, um es dem Zuckersektor zu ermöglichen, ein so konstruktives Management dieses industriellen Wandels wie möglich zu gewährleisten.

Martin Siecker, Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses und Präsident der EFFAT, hob die zu erwartenden schwerwiegenden Auswirkungen der Reform in Bezug auf die Beschäftigung hervor. Er verwies auf die Schlussfolgerungen einer vor kurzem in den Niederlanden gemeinsam von den beiden Parteien der Industrie durchgeführten Studie über die Auswirkungen und konstatierte, dass der in Bezug auf das menschliche Kapital zu zahlende Preis ausgesprochen hoch sei (siehe Anlage 11).

Marianne Nagy, die Vorsitzende der CEFS-Arbeitsgruppe für soziale Fragen, erläuterte, dass 25 000 direkte Arbeitsplätze verloren gingen und dass 4 von 10 Fabriken schließen müssten. 125 000 indirekte Arbeitsplätze seien betroffen, da ein direkter Arbeitsplatz den Verlust von fünf indirekten Arbeitsplätzen im Zuckersektor nach sich ziehe. Sie konstatierte, dass der Fall der neuen Länder in der Folgenabschätzung der Reform nur in sehr geringem Maße berücksichtigt worden sei. Sie äußerte den Wunsch, dass die Mitgliedstaaten sich darauf vorbereiten, der Industrie dabei zu helfen, diese Situation zu managen, in dem Wissen, dass es in bestimmten Arbeitsmarktgebieten, die bereits stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind, nicht einfach sein werde, den Arbeitnehmern zu helfen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Sie sprach ebenfalls den kurzen Zeitraum an, der der Industrie gelassen werde, um Maßnahmen für eine Umschulung oder Ausbildung einzurichten, für die eine bestimmte Dauer erforderlich sei. Marianne Nagy unterstrich, wie wichtig eine Erleichterung des Zugangs zu den Strukturfonds sei, die für eine konstruktive und verantwortungsvolle

Verwaltung der Umstrukturierung unerlässlich seien. Sie unterstrich ebenfalls die Bitte der Sozialpartner an die Kommission, an sämtlichen Verfahren für das Krisenmanagement, die derzeit eingerichtet werden, beteiligt zu werden. Außerdem präsentierte Frau Nagy den Berater, den die Sozialpartner ausgewählt haben, um eine Studie über den Zugang zu den Strukturfonds in Form eines praktischen Leitfadens und einer Art „Gebrauchsanweisung“ zu erstellen. Es handelt sich um Philippe Pochet, den Direktor des Observatoire Social Européen (siehe Anlage 12). Diese Studie wird mit Unterstützung durch eine Gemeinschaftsfinanzierung durchgeführt (siehe Fußnote 1).

Harald Wiedenhofer, Generalsekretär der EFFAT, beschloss die Konferenz mit der Feststellung, dass die drei vertretenden Organisationen sich darauf geeinigt haben, eine Reihe von Unausgewogenheiten im aktuellen Kommissionsvorschlag herauszustellen, die beträchtliche Auswirkungen im Hinblick auf das Humankapital zu haben drohen. Er äußerte den Wunsch, dass es möglich sein werde, den Vorschlag insbesondere im Hinblick auf den Zugang zu den Strukturfonds zu verbessern und es so ermöglichen, den Arbeitnehmern im Rahmen der Solidarität, die immer im Zentrum des europäischen Sozialmodells gestanden habe, eine verantwortungsvolle soziale Begleitung zu bieten (siehe Anlagen 13 & 14).